

Liebe Interessierte!

In einer Pressekonferenz hat der zuständige Minister gestern seine 1-Jahres-Bilanz zum KiBiz vorgelegt. Nach den bisherigen Erfahrungen verlief die Darstellung wie zu erwarten: Es wurde eine positive Bilanz gezogen und der Minister hat dem KiBiz ein gutes Zeugnis ausgestellt.

Damit macht sich der Bock zum Gärtner (noch stellen sich Schülerinnen und Schüler noch nicht selbst die Zeugnisse aus). Dass das KiBiz weder seinen eigenen Ansprüchen genügt noch ein bedarfsgerechtes Angebot sichert wurde u.a. doch durch eine wissenschaftliche Untersuchung belegt.

Und was ist mit den zentralen Erfolgsmeldungen, dass es mehr Plätze gibt und mehr Geld bereitgestellt wird?

Jede Landesregierung hätte den Ausbau der Plätze für Kinder unter 3 Jahren ab dem Jahr 2005 unterstützen müssen, da zu diesem Zeitpunkt die bundesgesetzlichen Vorgaben verpflichtend wurden, bis zum Jahr 2013 mind. für 35 % der Kinder ein Angebot vorzuhalten. Mit dem KiBiz wurde der Ausbau erleichtert, in dem die Angebote durch eine Reduzierung der Ausstattung „billiger“ gemacht wurden. Der Personalschlüssel wurde verschlechtert.

Und der behauptete Rekord, dass für die 3 bis 6-jährigen jetzt Bedarfsdeckung von 96 % erreicht sei, entspricht der bisher übliche Schönrechnerei, da die Landesregierung die Zahl der vorhandenen Plätze nur auf 3 Jahrgänge bezieht. Tatsächlich kommen die Kinder aber nicht mit Punkt 6 Jahren in die Schule. Tatsächlich besteht in NRW für diese Kinder nur eine Bedarfsdeckungsquote von 84,8 %!

Und was ist mit der Aussage, dass es mehr Landesmittel gibt? Für neue Aufgaben hat das Land zusätzliche Mittel bereitgestellt. Aber für die laufende Finanzierung der Arbeit in Kindergärten stehen z.B. im Jahr 2009 weniger Mittel als im Jahr 2005 zur Verfügung!

Die Diskussion um die Beitragsfreiheit macht die Absurdität des KiBiz deutlich, dass nicht die Kinder in den Mittelpunkt stellt: Mit dem Gesetz wurde die Festlegung der Höhe der Elternbeiträge den Kommunen übertragen. So gibt es in NRW ganz unterschiedliche Regelungen. Einige Kommunen wollen z.B. die Elternbeiträge ganz abschaffen. Damit haben Kinder mit ihren Eltern in diesen Städten einen leichteren Zugang. Wieso sind diese Bedingungen nicht überall gleich? Und vor allem: Wieso dürfen finanziell besser stehende Kommunen wegen der nicht erbrachten Leistungen während des Streik Elternbeiträge erstatten, während dies Kommunen mit Haushaltssicherungskonzepten durch die Landesregierung untersagt wurde? Damit wird einmal mehr deutlich, dass das KiBiz Ungleichheit schafft und nicht Chancengleichheit für alle Kinder sichert!

Aber dennoch: Ich gehe davon aus, dass die Landesregierung "irgendwann" an der Erkenntnis nicht vorbeikommt, dass grundlegende Unzulänglichkeiten des Kinderbildungsgesetzes beseitigt werden müssen.

Mit freundlichen Grüßen
Gerhard Stranz

c/o
Vereinigung der Waldorfkinderergärten e.V. - Region NRW